

DIE LINKE. Berlin  
8. Landesparteitag, 1. Tagung  
16./17. Januar 2021

## Änderungsantrag ÄA 1.5

Antragsteller\*innen: OV Friedrichshain-Nordost, Lichtenberg OV 6 Frankfurter Allee Süd, BO Mittlinks, BO Wedding, BV Charlottenburg-Wilmersdorf, BV Neukölln, BV Tempelhof-Schöneberg, BV Spandau, BV Steglitz-Zehlendorf

Ergänze in Zeile 59 als eigener Spiegelstrich:

"Die derzeitige Ausschreibung zu Betrieb und Instandhaltung auf den S-Bahn-Teilnetzen „Nord-Süd“ und „Stadtbahn“ lehnen wir ab. Es besteht die Gefahr, dass die Ausschreibung auf dem Rücken der Beschäftigten und der Fahrgäste ausgetragen wird. Eine Zerschlagung der S-Bahn und den Einzug privater Kapitalinteressen wollen wir verhindern. Alternativen wie der Aufbau eines landeseigenen Unternehmens zum Betrieb der Berliner S-Bahn und den Einstieg der Länder Berlin und Brandenburg in die S-Bahn Berlin GmbH machen wir stark."

Begründung:

Es ist notwendig, dass der Landesparteitag der Linken ein öffentliches Signal gegen die vorliegende Ausschreibung unter der Federführung der Grünen Verkehrssenatorin sendet. Bis zum 28. Januar 2021 können Unternehmen ihre Teilnahme an der Ausschreibung abgeben. Der letzte Landesparteitag der SPD hat sich gegen die Ausschreibung ausgesprochen.

Der derzeit bekannte Verhandlungsstand enthält eine Reihe von absehbaren Verschlechterungen. Erstens ist derzeit vorgesehen, dass Bieter\*innen verschiedene Tarifverträge zur Auswahl stehen, gegenüber denen sie sich zur Tariftreue verpflichten müssen. Zur Auswahl steht dabei auch der seit 2015 durch die EVG aufgekündigte Branchentarifvertrag, der wesentlich schlechtere Bedingungen für die Beschäftigten im Verhältnis zu den aktuellen Arbeitsbedingungen bei der S-Bahn bedeutet. Zweitens werden vier Werkstattstandorte als Optionen für die Bewerber genannt, von denen es vollkommen utopisch ist, dass sie 2027 an das Netz angebunden sind. Damit droht im Fall einer Vergabe an Private, dass Wagen nicht gewartet werden können. Drittens sollen die erwartbaren Schnittstellenprobleme nun über die Einrichtung einer gemeinsamen Zentrale in den Räumlichkeiten der DB Netz gelöst werden. Damit wird die Zerschlagung vorbereitet und erleichtert. Viertens eröffnet die aktuelle Diskussion über die Erhöhung der Stromspannung, dass eventuell eine ganze Wagenreihe der S-Bahn GmbH aus der Ausschreibung rausfällt. Das ist ein klarer Nachteil für die S-Bahn.

DIE LINKE. stellt sich gegen die Privatisierung öffentlicher Güter und den damit einhergehenden Ausverkauf von Arbeitsbedingungen und gewerkschaftlichen Errungenschaften. Daher muss sich DIE LINKE mit aller Kraft dafür einsetzen, Alternativen zur derzeitigen S-Bahn Ausschreibung auszuarbeiten und für diese zu kämpfen. Diese Alternativen haben wir im Landesausschuss-Beschluss vom September 2020 benannt: Einstieg der Länder in die S-Bahn oder Aufbau eines landeseigenen Unternehmens.